



Gewerkschaft der Polizei - Max-Giese-Straße 22 - 24116 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Frau Dörte Schönfelder
Postfach 71 21

24171 Kiel
E-Mail: innenausschuss@landtag.ltsh.de

Telefon: 04 31 - 1 70 91
Telefax: 04 31 - 1 70 92
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp.de
Internet: www.gdp-schleswig-holstein.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 7.30 bis 16.30 Uhr
Mi 7.30 bis 15.30 Uhr
Fr 7.30 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung: Förde Sparkasse
IBAN DE11 2105 0170 1001 9965 76 BIC NOLADE21KIE

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
L21	25.02.2015	70.60.1/67.20.9 rr/ro	24. März 2015

Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein, zum Bericht der Landesregierung „ Bekämpfung der Einbruchskriminalität“ Drucksache 18/2585 - 2015-01-13 - vom 25. Januar 2015

- **Landeskonzept Einbruchdiebstahl-Wohnraum; Gemeinsame Einsatzkonzeption von Landeskriminalamt und Landespolizeiamt, LPA 01.05/30.23 vom 22. Oktober 2012**
- **Fortsetzung des Konzeptes 2014/2015, LPA 01.05/3023 vom 16. September 2014**
- **Protokoll der 79. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 22. Januar 2015 zum Thema „Bekämpfung der Einbruchskriminalität“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Bericht der Landesregierung „ Bekämpfung der Einbruchskriminalität“, - Drucksache 18/2585 - 2015-01-13 - vom 25. Januar 2015 – stellt die Entwicklung bei den polizeilich bekannt gewordenen und aufgeklärten Fällen der Einbruchskriminalität in den Jahren 2004 bis 2013 dar. Für 2014 lagen die Zahlen bis November zugrunde.

Dabei wird unterschieden in Einbrüche in Gewerbeobjekte (ED-Gewerbe) und Wohnräume (WED). Vorrangig wird in dem Bericht der Bereich WED in den Fokus genommen.

Die Zahl der Einbrüche in Wohnräume hat sich in dem Zeitraum grob um 50 % von rund 5.000 auf 7.500 erhöht. Die Aufklärungsquote hingegen sank von 15,8 % auf 10,2 %. Das bedeutet knapp 90 % der Einbruchdiebstähle in Wohnräume blieben im Jahre 2013 unaufgeklärt.

Um dieser negativen Entwicklung wirksam zu begegnen, haben im Oktober 2012 Landes kriminalamt und Landespolizei ein Konzept zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls entwickelt und zum 01. November 2012 zunächst für 6 Monate in Kraft gesetzt.

Die Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich das WED-Konzept und dessen Umsetzung in Schleswig-Holstein mit den durchaus positiven Auswirkungen auch auf benachbarte Bundesländer und dankt den Initiatoren, den Konzeptentwicklern, den Kolleginnen und Kollegen im operativen Dienst, die dies alles trotz vieler anderweitiger Belastungen umsetzen.

Aber: Die Freude an der (Polizei-)Basis ist gedämpft. Hier wird vieles Altbewährtes aufgewärmt, denn es ist ja keine eine neue polizeiliche Erkenntnis, dass Erfolge immer dann zu verzeichnen sind, wenn Polizei sich intensiv um ein erkanntes Problem kümmert. Wer jedoch meint, dass hinsichtlich der Bekämpfung der Einbruchskriminalität generell neue Ermittlungseinheiten aufgerufen wurden oder bestehende Kommissariate verstärkt wurden, der irrt weitgehend. Nennenswertes ist hier nicht zu verzeichnen. Die Arbeitslast der neuen Konzeption ruht auf den ohnehin schon stark belasteten Dienststellen von Schutz- und Kriminalpolizei.

Im Ergebnis bedeutet das für das Personal der Landespolizei:

- Die Bedingungen stimmen nicht, um dieses Konzept so umzusetzen, dass keine "Kollateralschäden" sprich deutliche Defizite in anderen Aufgabenbereichen der Landespolizei, entstehen.
- Es geht auf Kosten und die „Knochen“ der Kolleginnen und Kollegen und zahlreicher anderer Aufgaben, die letztlich vernachlässigt werden
- Es ist zu wenig Personal vorhanden und dann wird auch noch abgebaut statt aufgestockt.

Das Ergebnis: Hier wird ein sicherlich gutes Konzept nicht mit den erforderlichen personellen und materiellen Notwendigkeiten hinterlegt.

In dem Bericht der Landesregierung wird der Eindruck erweckt, dass sich bedingt durch das WED – Konzept zusätzliche Kräfte ausschließlich um den Wohnungseinbruchdiebstahl kümmern. **Dieser Eindruck ist falsch.**

Hinzu kommt, dass die nunmehr veröffentlichten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht wirklich positiv sind. Der Aufwärtstrend der Fallzahlen wurde gestoppt. (Zitat: „ Bereits für das Berichtsjahr 2012 konnte der Anstieg der Fallzahlen auf 4,6 % reduziert werden.“) Die Zahlen steigen also weiter, nur etwas langsamer.

Die Frage ist, ob hier tatsächlich ein Erfolg eingetreten ist: 7.500 registrierte Einbrüche bedeuten bei 4-Personen-Haushalten ca. 30.000 Opfer – landesweit. Ist die Entwicklung der Fallzahlen auch wirklich eine Folge des Konzeptes oder spielen andere Faktoren eine Rolle? Es fehlen in dem Bericht jegliche Bezugsdaten, da unklar ist, in welchem Ausmaß sich das neue Konzept im Rahmen der Ermittlungen auf den Dienststellen ausgewirkt hat.

Zum Thema Aufklärungsquote

Sie ist auf den niedrigsten Wert seit 2004 im Jahre 2013 gesunken, auf 10,2 % - trotz des WED-Konzeptes. Der Weg dahin wird dann unter Ziffer 3.3.4 erläutert: "Es war ja nicht das erklärte Ziel, die Aufklärungsquote zu erhöhen."

Trifft dies tatsächlich zu? Es werden fünf Ziele genannt (im Konzept von 2012 waren es übrigens nur vier!). Das Wort Aufklärungsquote ist zwar weder im Grundkonzept noch im Bericht der Landesregierung zu finden. Doch was verbirgt sich hinter den unter Ziffer 3.1 aufgeführten Zielen Nummer 1 bis 3? Nichts anderes als die Erhöhung der Aufklärungsquote. Anstatt ehrlich zu sagen, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde, wird unter Ziffer 3.3.4 "schöngeredet". (Zitat: „Es muss jedoch betont werden, dass die Erhöhung der Aufklärungsquote auch nicht das vorrangige Ziel des Konzeptes darstellt.“)

Es ist schon befremdlich, dass Repression hier keine Rolle spielen soll - oder ist diese Aussage nur den schlechten Zahlen geschuldet?

Das Ganze sieht nach "Schaumschlagerei" aus - sehr viel Aufwand, wenig Nutzen. Die überaus positive Darstellung erfolgreicher Polizeiarbeit verschleiert völlig die Folgen auf die Gesamtpolizei des Landes.

Gute Konzepte können nur mit ausreichenden Ressourcen personeller und materieller Art umgesetzt werden.

Die Landespolizei braucht dringend mehr Personal.

Die GdP Schleswig-Holstein fordert daher:

- Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung personell und materiell angemessen zu hinterlegen und nicht noch zusätzlich als weitere Aufgaben aufzubürden.
- Ehrliche Berichte zu verfassen, die auch negative Seite aufzeigen und nicht mit Zahlen zu jonglieren, die ohne Vergleich einfach in den Raum gestellt werden (z.B. 12.000 Hinweise, 200 Auswerte- und Ermittlungskomplexe, Festnahme von 200 Tätern).
- Kein Stellenabbau und Schließung der bekannten Lücken zu schließen.
- Endlich mit der "Schönrederei" aufzuhören und die Wahrheit zu sagen; nämlich dass z.B. der Stellenabbau bei Wasserschutzpolizei, Verkehrsüberwachung und IT-Fachleuten in der Polizei sich ganz erheblich sehr negativ auf alle Bereich der Landespolizei auswirken wird.
- Eine Überprüfung des Strafrechts im Hinblick auf die hohen Anforderungen hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals der Bandenkriminalität.
- Ein verstärktes Augenmerk der Justiz im Rahmen der Strafverfahren auf den Verbleib des Stehlgutes. Geständnisse sollten sich positiv bei der Strafzumessung auswirken – dazu gehören aber auch umfassende Angaben zum Verbleib der Tatbeute und den Absatzwegen.

Für weitergehende Gespräche stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand
i. A.



Karl-Hermann Rehr
Landesgeschäftsführer